

# Resolution

## 20. ♀ - Alterssicherungs- konferenz



### Zeit für politische Konsequenzen!

Frauen leisten den Großteil unbezahlter Sorgearbeit – zulasten ihrer Gesundheit, ihres Wohlbefindens, ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ihrer ökonomischen Eigenständigkeit bis ins Alter. Dabei ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen und lag im Jahr 2024 bei rund 47 Prozent. Sehr viele Frauen arbeiten jedoch in Teilzeit, um Erwerbs- und Sorgearbeit verbinden zu können. Das hat auch deutliche Auswirkungen auf die Einkommenssituation im Alter. Armut im Alter ist immer noch überwiegend weiblich. Damit alle Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen Erwerbs- und Sorgearbeit verbinden können, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, die beiden Bereiche partnerschaftlich über den Lebensverlauf hinweg zu teilen.

ver.di und SoVD setzen sich daher für eine Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein.

### Wir fordern daher:

#### • Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

Frauen verdienen im Durchschnitt 16 Prozent weniger als Männer. Diese Lohnlücke hat sich seit Jahren kaum verändert. Gerade deshalb muss das Entgelttransparenzgesetz weiterentwickelt werden.

Außerdem muss die Tarifbindung erhöht werden, denn da, wo Tarifverträge gelten, ist die Entgeltlücke viel kleiner.

#### • Die Vermeidung von Altersarmut muss auf die politische Agenda

Der Koalitionsvertrag sieht keine Maßnahmen zur Bekämpfung oder Vermeidung von Armut im Alter vor. In einem ersten Schritt muss der Grundrentenzuschlag angehoben und die Einkommensanrechnung abgeschafft werden.

#### • Elterngeld und Elternzeit für alle Familien

Das Elterngeld wurde seit 18 Jahren nicht verändert. Eine gesetzlich verankerte Dynamisierung des Elterngeldes ist notwendig. Außerdem brauchen wir mehr verbindliche Partnermonate in der Elternzeit.

## • **Unterstützung von pflegenden Angehörigen**

Wir brauchen eine Entgeltersatzleistung für Pflegezeiten, damit pflegende Frauen besser abgesichert sind und Männer ermutigt werden, ihre Angehörigen zu pflegen.

## • **Väterfreistellung**

Um Väter bzw. zweite Elternteile so früh wie möglich aktiv in die Betreuung und Erziehung des Kindes einzubeziehen, fordern wir die Einführung einer zehntägigen, voll bezahlten Freistellung nach der Geburt als eigenständige Leistung. Damit soll die partnerschaftliche Arbeitsteilung von Anfang an unterstützt werden.

## • **Rentenrechtliche Absicherung von Sorgearbeit verbessern**

Die Rentenansprüche für Kindererziehung müssen bei gleichberechtigter Sorgearbeit auch geteilt werden können. Rentenansprüche für nicht erwerbsmäßige Pflege müssen unabhängig vom Rentenbezug oder dem Umfang der Erwerbsarbeit gewährt werden.

## • **Mehr betriebliche Altersversorgung für Frauen**

Männer beziehen später eine Betriebsrente, die knapp doppelt so hoch ist wie die von Frauen. Beschäftigte im unteren Einkommensbereich müssen deutlich besser gefördert werden, um ihre gesetzliche Rente durch eine Betriebsrente zu ergänzen.

## • **Öffentliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen**

Um Paarfamilien mit Kindern, Alleinerziehende und Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf zu entlasten, fordern wir staatliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen.

## • **Flächendeckender Ausbau der Ganztagskinderbetreuung**

66 Prozent aller erwerbstätigen Mütter arbeiten in Teilzeit – ein Viertel aller Mütter ist gar nicht erwerbstätig. Einer der zentralen Gründe für die unfreiwillige Teilzeit ist die unzureichende Betreuungsinfrastruktur vor Ort. Für die partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit liegt der Schlüssel darin, dass Kinderbetreuung flächendeckend und kostenfrei verfügbar ist. Und es bedarf außerdem besserer Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, damit wieder mehr Fachkräfte gewonnen werden können.

Berlin, 8. Juli 2025